

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 23.05.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meinen, Regina

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine für Helga Grix
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Schönsee, Carmen für Andrea Risius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter bis 19:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm bis 17:50 Uhr
Jacobs, Marion
Kloppenburger, Rainer
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Fekken, Okka bis 19:20 Uhr
Hartmann, Reiner
Kühl, Eckhard
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Suhr, Rena
Wilts, Elfriede

von der Verwaltung

Frein, Markus
Berends, Wilhelm

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Eilers, Hillgriet FDP-Fraktion

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meinen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie entschuldigt Frau Grix, die erkrankt sei, sowie Frau Ludolph-Dawe und Herrn Wittmer-Kruse.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung beratender Mitglieder gem. § 28 NGO

Frau Meinen nimmt die Verpflichtung der beratenden Mitglieder Rena Suhr und Reiner Hartmann gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.04.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.04.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Frau Sonja Ryll, Leiterin der Sprach- und Integrationskurse Internationales Barenburg und Vorsitzende des Kultur- und Bildungsvereins Internationales Barenburg, fragt zum Tagesordnungspunkt 6 an, ob freiwillige Zuschüsse jährlich neu beantragt und beschieden werden müssten und ob der Jugendhilfeausschuss das Recht bzw. die Pflicht habe, über Anträge die anerkannte Träger der Jugendhilfe an den Fachdienst Jugendförderung stellen würden, informiert zu werden und darüber zu beraten und zu beschließen. Sie beziehe sich auf einen Antrag vom 12.12.2006, die sie für die Sprach- und Integrationskurse gestellt habe.

Herr Kühl bestätigt, dass der Antrag vorliegen würde. In seiner Antwort habe er darauf hingewiesen, dass ihm Haushaltsmittel in ausreichender Höhe nicht zur Verfügung stünden.

Hinsichtlich der Frage, ob die Zuschüsse für die Sprachkurse jedes Jahr neu beantragt werden müssten, führt Herr Kühl aus, im Frühjahr 2006 sei der Beschluss im Jugendhilfeausschuss

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

gefasst worden, die Sprachkurse der AWO in Barenburg zu fördern. Dieser gelte so lange, wie die Kurse stattfinden, ordnungsgemäß durchgeführt und abgerechnet würden. Einige weitere Anträge des Kulturvereins Internationales Barenburg seien nicht im Jugendhilfeausschuss behandelt worden, weil sie Geschäft der laufenden Verwaltung und auch zum Teil positiv beschieden worden seien. Die Verwaltung verteile die Zuschüsse in Barenburg anhand der angemeldeten Projekte so gerecht wie möglich. Da es sich nicht um Zuschüsse entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugend handle, seien die Anträge nicht in die Vorlage „Zuschüsse an Vereine und Verbände“ aufgenommen worden.

Frau Ryll bittet darum, über diese zwei Anträge seitens der AWO und ihres Vereins noch einmal zu entscheiden.

Frau Hilde Bensing, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates, erkundigt sich zum Tagesordnungspunkt 6, ob auch die Jugendfeuerwehr der Stadt Emden einen Antrag im Hinblick auf eine Förderung stellen könnte und welche Fristen es dort gäbe.

Herr Kühl entgegnet, die Jugendfeuerwehren stellten bereits Anträge. So hätten sie einen Antrag gestellt für eine kurze Fahrt, die nicht extra beschieden worden sei, sondern unter Fahrten und Lager laufe. Grundsätzlich sei förderfähig, wenn eine regelmäßige Jugendarbeit in Emden stattfinde. Die Richtlinien über die Antragstellung und die Fristen werde er Frau Bensing zukommen lassen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Zuschüsse an Vereine und Verbände
Vorlage: 15/0310

Herr Kühl erklärt, in dieser Vorlage gehe es um Zuschüsse, die entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit in Emden ausgesprochen würden. Es seien ausschließlich die Fahrten berücksichtigt worden, die länger dauerten und im Prinzip den Maßnahmen aus dem vergangenen Jahr ähnelten.

Herr Kühl erläutert dann ausführlich die Vorlage im Einzelnen. Er führt weiter aus, zwar werde damit der Etat wieder etwas überschritten, aber dennoch sollten keine Kürzungen der Tagesätze oder Richtlinien vorgenommen und die beantragten Maßnahmen wie vorgeschlagen bezuschusst werden.

Frau Eilers bedauert es, dass nur fünf Emden Jugendliche nach Lisieux mitfahren würden. Auch finde sie es unglücklich, dass der Vortrag der Vertretung der Einrichtung Wackelpeter erst nach dieser Beschlussvorlage gehalten werde und fragt an, ob bereits eine Leistungsvereinbarung geschlossen worden sei. Abschließend bittet sie um Auskunft, ob es grundsätzlich überhaupt möglich sei, rückwirkend Geld zu erstatten.

Herr Sprengelmeyer antwortet, die Fahrt nach Lisieux sei mit 42 Teilnehmer bereits ausgebucht. Weiter erklärt er, die 12.000 € für das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter bräuchten nicht beschlossen zu werden und seien somit an dieser Stelle falsch. Es handle sich hierbei um eine Festbetragsfinanzierung, die im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossen worden sei. Eine Leistungsvereinbarung werde angestrebt. Auch aus diesem Grunde würden Vertreter der Einrichtung, die nicht professionell organisiert sei, heute über ihre Arbeit berichten.

Hinsichtlich der bereits stattgefundenen Fahrt erklärt **Herr Kühl**, normalerweise könne die Katholische Kirchengemeinde nur mit 1,60 € pro Tag und Teilnehmer rechnen. Ihm sei auch nicht

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

bekannt, ob das Geld rückwirkend an die Teilnehmer erstattet werde. Grundsätzlich würden die Fahrten immer stattfinden, bevor die Beschlüsse gefasst würden. Der Träger könne eigentlich nicht damit rechnen, dass er den Zuschuss bekomme.

Herr Grix hat an der Beschlussfassung zu dem Punkt, der den AWO Kreisverband betrifft, nicht mitgewirkt.

Herr Kloppenburg hat an der Beschlussfassung zu den Punkten, die die Katholische Kirchengemeinde betreffen, nicht mitgewirkt.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung Zuschüsse für Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und Kinder- und Jugenderholung sowie für sonstige Maßnahmen gezahlt. Die aus der Anlage ersichtlichen Maßnahmen und Teilnehmer werden analog der Richtlinien behandelt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Bericht über das Kinder- und Elternzentrum Wackelpeter e.V.
Vorlage: 15/0311

Frau Meinen begrüßt Frau Raith-Koetz, Frau Anja Grade sowie Frau Jensen und bittet um ihren Vortrag.

Frau Raith-Koetz stellt sich zunächst vor und erläutert dann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Arbeit und Perspektive der Einrichtung „Kinder- und Elternzentrum Wackelpeter e. V.“. Diese Präsentation ist im Bürgerinformationssystem im Internet unter www.emden.de einzusehen.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kühl erklärt, seit kurzer Zeit liege auch die Konzeption vor, sodass nunmehr eine entsprechende Leistungsvereinbarung erarbeitet werden könne. Er betont, die Arbeit in dieser Einrichtung erfolge fast ausschließlich ehrenamtlich. Einige Ausnahmen seien wenige 1-€-Kräfte, die dort beschäftigt seien. Es würden nunmehr auch entsprechende Anträge auf Förderung einer pädagogischen Fachkraft vorliegen, die auch die Arbeit mit den Kindergruppen einleiten und begleiten solle.

Weiter führt er aus, die Zuschüsse der Stadt Emden und des Landes würden ausschließlich in den Betrieb wie u. a. die Miete, die Nebenkosten, Energiekosten des Gebäudes gehen, sodass die Finanzierung weiterer Dinge neu beantragt werden müssten. Er sehe allerdings die finanziellen Möglichkeiten im Haushalt der Jugendförderung nicht.

Herr Grix bedankt sich für den informativen Vortrag. Er halte die Arbeit dieser Einrichtung für sehr wichtig, weil gerade das Klientel, was dort zusammenkomme, ansonsten kaum Chancen hätte und somit im Selbstwertgefühl gestärkt werde. Er plädiere an den Ausschuss, sich mit dem Wackelpeter zu beschäftigen und im nächsten Haushalt finanziell stärker zu berücksichtigen. So könne sich die Arbeit, die dort ehrenamtlich aufgebaut worden sei, stabilisieren.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Jensen stimmt Herr Grix zu. Es handele sich bei dem Klientel um einen sehr sensiblen Bereich. Sie habe ihre Arbeit sehr vorsichtig aufgenommen, um die Mütter, die erreicht werden sollten, nicht einzuschüchtern. Weiter weist sie darauf hin, dass die beiden Vorsitzenden des Vereins jeden Tag in der Einrichtung seien, ohne dass sie dafür Geld bekämen. Frau Jensen macht darauf aufmerksam, dass beiden Frauen eine Arbeitsstelle für 400 € in einem Büro angeboten worden sei. Sie frage sich, wie es in diesem Fall im Wackelpeter weitergehen solle, denn dort würden sehr viele Familien aufgefangen werden. Sie wünsche sich, um diese Einrichtung zu erhalten, dass Frau Raith-Koetz und Frau Grade diese 400 € von der Stadt für ihre Arbeit bekommen würden. Einen Antrag hierzu habe sie aber noch nicht gestellt.

Frau Eilers bemerkt, die geleistete Arbeit in dieser Einrichtung sei schon beachtlich. Sie erkundigt sich, ob städtische Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Weiter fragt an, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, damit die Zuschüsse nicht in das Gebäude, sondern tatsächlich in das Personal fließen könnten.

Herr Sprengelmeyer erläutert, räumlich gesehen würde sich kaum etwas verändern, wenn man es mit anderen Einrichtungen hinsichtlich der Unterhaltungskosten vergleiche.

Frau Raith-Koetz ergänzt, den Kindern stünden 260 qm zur Verfügung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Vorstellung der Jugendhilfeeinrichtung "Outlaw"
Vorlage: 15/0312

Frau Meinen begrüßt Frau Janssen und Herrn Niemeyer von der Jugendhilfeeinrichtung Outlaw in Barenburg und bittet um Vortrag.

Herr Niemeyer stellt sich und Frau Janssen zunächst vor und erläutert dann anhand einer PowerPoint-Präsentation das Konzept der Jugendhilfeeinrichtung „Outlaw“. Diese Präsentation ist im Bürgerinformationssystem im Internet unter www.emden.de einzusehen.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er begrüßt es, dass die Jugendhilfeeinrichtung ihren Standort in Barenburg gewählt habe und mit einem Team arbeite, welches sich gerade in diesem Stadtteil gut auskenne.

Frau Meyer erkundigt sich, wie die Kinder und Jugendlichen in diese Einrichtung gelangen und wie lange sie bleiben würden.

Frau Janssen entgegnet, die Jugendlichen würden den Weg über das Jugendamt finden. Dann gäbe es das sogenannte Hilfeplanverfahren. Die Jugendlichen und auch die Eltern könnten sich die Einrichtung anschauen. Hier sei auch das Jugendamt daran beteiligt. Es würden Ziele vereinbart, in denen auch die Verweildauer festgelegt werde. Außerdem werde eine Elternberatung angeboten. Die Verweildauer sei ganz unterschiedlich. Jugendliche, die mit 16 oder 17 Jahren in die Einrichtung kämen, würden auf das Wohnen in der eigenen Wohnung vorbereitet werden.

Auf die Frage von **Frau Meyer** hinsichtlich der Elternberatung, antwortet **Frau Janssen**, im Rahmen des Aufenthaltes der Jugendlichen sei es möglich, die Eltern in Erziehungs- und Beziehungsfragen zu beraten. Die Jugendlichen kämen aus schwierigen familiären Verhältnissen, so sei oftmals eine Beziehungsklärung zwischen Eltern und Kindern notwendig.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Niemeyer betont, es handele sich jedoch um keine Beratungsstelle, die von allen Bürgern aufgesucht werden könne.

Herr Frein erläutert, bevor die Jugendlichen in diese Jugendhilfeeinrichtung einziehen würden, bestünden bereits Kontakte zu den Familien über die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes. Dort werde auch individuell entschieden, ob es die richtige Maßnahme für den Jugendlichen sei. In Einzelfällen könne es durchaus eine ganz andere Entscheidung geben, wenn es für sinnvoll erachtet werde, den Jugendlichen weiter entfernt unterzubringen. In Zusammenarbeit mit den Eltern und den Jugendlichen würden mit der Einrichtung die Ziele festgelegt.

Frau Eilers bemerkt, diese Einrichtung sei gerade für Barenburg auch sehr wichtig. Anschließend erkundigt sich danach, warum gerade die Gesellschaftsform einer gGmbH gewählt worden sei. Außerdem fragt sie an, warum man sich darum bemühe, auch Kinder aus der näheren Umgebung zu bekommen. Ihrer Meinung nach gäbe es in Emden sicherlich viele Kinder, die von dieser Einrichtung profitieren könnten.

Herr Sprengelmeyer erklärt, Vereine hätten traditionell einen bestimmten ideellen Zweck. Auch andere Einrichtungen würden mittlerweile einen anderen Weg wählen, da es im Wesentlichen um die Haftung ginge, die ab einer bestimmten Größenordnung niemand mehr selber übernehmen könne.

Er erläutert weiter, die richtige Hilfeform werde im Vorfeld in Beratung mit den Familien festgelegt. Neben Outlaw würden auch noch z. B. das Leinerstift oder die Ifi in Emden ihre Angebote machen. Der Stadtteil Barenburg sei sicherlich ausgewählt worden, da es ein sozialer Brennpunkt sei und noch keine stationäre Einrichtung gegeben habe. Hinsichtlich der Belegung erklärt Herr Sprengelmeyer, das Jugendamt könne keine Garantie dafür übernehmen. Jedoch müsse sich der Träger durchgehend finanzieren. Auch könne die richtige Hilfe nicht immer in Emden gegeben werden, da die Einrichtungen unterschiedlich ausgerichtet seien. Aus diesem Grunde sei der Träger aus finanziellen Gründen darauf angewiesen, auch die Belegung aus anderen Gemeinden oder Kreisen mit aufzunehmen.

Auf die Frage von **Frau Suhr** nach der Belegung antwortet **Frau Janssen**, in dem Haus seien in einer Mutter-Kind-Wohnung zwei junge Frauen mit ihren Kindern untergebracht worden. Es würden neben minderjährigen Müttern auch Mütter über 18 Jahre aufgenommen, solange das Jugendhilfegesetz nach § 19 KJHG noch greife.

Herr Niemeyer bemerkt, Outlaw habe sich für die Gesellschaftsform einer gGmbH entschieden, da diese Rechtsform etwas mehr Möglichkeiten hinsichtlich der Haftungsfragen biete. Der einzige Gesellschafter sei Outlaw e. V.

Herr Dietz bedankt sich für den ansprechenden Vortrag. Er könne in der Schule immer wieder beobachten, dass es gerade Jungen an Sozialkompetenz mangle und halte daher ein geschlechtsspezifisches Angebot nachmittags für sehr wichtig und hilfreich.

Frau Janssen führt aus, gerade für Jungen würden zurzeit Angebote entwickelt. Ein Kollege habe sich im Rahmen einer Weiterbildung speziell mit dem Thema beschäftigt, um diese Arbeit zukünftig anbieten zu können. Auch würde es demnächst noch einmal Gespräche mit der Stadt und den zuständigen Schulen in Barenburg geben.

Herr Dietz betont, auch in anderen Stadtteilen gäbe es Jungen mit einem Mangel an Sozialkompetenz. Es sei beabsichtigt, dieses Angebot auch für andere Stadtteile zugänglich zu machen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Janssen bemerkt, wenn die Schulen Interesse hätten, würde Outlaw gerne mit ihnen ins Gespräch kommen.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, es sei angeraten, vorher die entsprechenden Verwaltungseinheiten mit einzubeziehen.

Frau Jensen befürwortet die wohnungsnah Unterbringung. So bräuchten Kinder und Jugendliche, die aus ihren Familien herausgenommen würden, ihre sozialen Kontakte nicht abzubrechen.

Herr Niemeyer erklärt, es gäbe auch viele Gründe, die eine raumnahe Unterbringung aus den unterschiedlichsten Gründen verbiete.

Weiterhin erklärt er, Emden sei aber als eine Art Oberzentrum für diejenigen interessant, die von außerhalb nach Emden käme, weil sie z. B. hier die Schule besuchten. So könnten sie ihre Schulkontakte hier aufrecht erhalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Umsetzung des Landesprogramms "Das letzte Kindergartenjahr als Brücke zur Grundschule"
Vorlage: 15/0313

Frau Schrader trägt vor, in der letzten Sitzung habe sie zugesagt, über die Fortschritte im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms „Familie mit Zukunft“ zu informieren. Die Förderung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule sei ein Teilprogramm, das über das Kultusministerium abgewickelt werde. Dadurch werde den Kommunen in zwei Bereichen ermöglicht, an diesem Landesprogramm teilzunehmen. Die Projektkontingente der Kommunen seien aufgrund der Bevölkerungszahlen zugewiesen. In Emden seien sämtliche Kontingente vorab verteilt und auch die dementsprechenden Anträge auf den Weg gebracht worden.

Anschließend erläutert sie die Vorlage im Einzelnen und stellt fest, wenn die Projekte im August angelaufen seien, werde sie noch einmal über den konkreten Verlauf im Ausschuss berichten.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Fekken erkundigt sich, wie lange die Projektphase dauere.

Frau Schrader erklärt, die Projektphase für die Beratungsteams betrage vier Jahre und decke damit die gesamte Laufzeit des Landesprojektes ab.

Herr Schild fragt nach der Bedeutung der finanziellen Auswirkungen.

Frau Schrader antwortet, die Landesförderung sehe vor, dass die Personalkosten im Rahmen der bewilligten Projektkontingente durch das Land erstattet und die Stundenanteile für die Mitarbeiterin aus dem Schulbereich als auch aus dem Kindertagesstättenbereich refinanziert würden.

Auf die Frage von **Frau Meyer**, wie die Zusammenarbeit der Schule mit dem Kindergarten aussehe, entgegnet **Frau Schrader**, dass dieses in allen drei Projekten sehr unterschiedlich sei. Das Beraterteam starte mit einer Befragung der Kindergärten und Schulen, welche Aktionen erfolgen sollten. Bereits jetzt verfüge man über eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

und Kindergärten im Bereich der Sprachstandserhebungen und der Sprachförderung vor der Einschulung. Auch werde den Kindergartenkindern jetzt schon ermöglicht, vor Eintritt in die Schule ihre Grundschule kennen zu lernen. Im Rahmen des Beraterteams gehe es auch darum, Maßnahmen zu bündeln, gute Praxisbeispiele in der Fläche zu verbreiten und eine fachlich vernünftige strategische Planung dieses Übergangsjahres zu gestalten. Durch eine bessere Zusammenarbeit und einen besseren Austausch könnten Lehrkräfte die Kindergartenkinder da abholen, wo sie stehen würden. Somit wüssten sie auch, wo ihre zukünftigen Schüler eine besondere Begleitung benötigen.

Weiter führt Frau Schrader aus, für die beiden Modellprojekte in Emden würden unterschiedliche methodische Ansätze gelten. Das Modellprojekt um die Grundschule Grüner Weg beabsichtige u. a. in einem ersten Schritt, sich anzunähern, eine Netzwerkstruktur zu entwickeln, sich fachlich auszutauschen und zu schauen, wie schon bestehende Kooperationen intensiviert und fortgesetzt werden könnten.

Frau Fekken fragt an, ob seitens des Landes vorgesehen sei, dieses Projekt auch wissenschaftlich zu begleiten.

Frau Schrader antwortet, dieses sei nicht vorgesehen. Die Zwischengröße zwischen Landesschulbehörde und Modellprojekten werde in Form der Beratungsteams zur Verfügung gestellt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Investitionen Spielplätze 2006 - Ausblick 2007
Vorlage: 15/0314

Herr Kühl erklärt, die Jugendförderung habe sowohl für die Verkehrssicherheit als auch für die laufende Pflege auf den Spielplätzen zu sorgen. Doch gehe es in dieser Vorlage darum, defekte Spielgeräte zu erneuern bzw. Spielplätze vollständig oder teilweise zu sanieren. Dazu stünden jährlich 50.000 € im Investitionshaushalt zur Verfügung. Da aus den Vorjahren noch Restmittel vorhanden seien, konnten im vergangenen Jahr insgesamt über 80.000 € investiert werden.

Weiter führt er aus, dass eine Neuanlage von Spielplätzen nur in Zusammenhang mit der Entstehung eines Baugebietes möglich sei. Dieser Spielplatz werde dann über den Bauträger finanziert. Der Fachdienst Jugendförderung habe im Moment nicht die Möglichkeit, sich eine neue Fläche auszusuchen und dort einen Spielplatz einzurichten. Das Geld werde benötigt, um vorhandene Plätze wieder in Stand zu setzen, entstandene Gefährdungen zu beseitigen und entsprechend durch neue Geräte zu ersetzen.

Anschließend zeigt **Herr Berends** einige Anschauungsfotos von Spielplätzen vor und nach der Sanierung.

Frau Meinen bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kühl ergänzt, der Fachdienst Jugendförderung kümmere sich nicht nur die traditionellen Kinderspielplätze, sondern auch um Jugendtreffpunkte oder Bolzplätze. So sei u. a. in Conrebersweg auf dem Radborplatz eine Schutzhütte erneuert und in der Max-Born-Straße ein Bolzplatz angelegt worden. Er halte den Bau solcher Einrichtungen für notwendig, damit auch die größeren Kinder und Jugendlichen ihren Platz und Ort finden würden, wo sie sich aufhalten könnten.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meyer fragt an, was hinsichtlich der Umgestaltung (1. Phase) auf dem Stephansplatz passiere. Außerdem erkundigt sie sich, ob auch der Spielplatz Burgplatz umgestaltet werde und was mit dem ehemaligen Spielplatz an der Graf-Johann-Straße geschehe.

Herr Schild bittet um Auskunft, wie viel Geld von diesen 80.000 € aus dem letzten Jahr seien.

Herr Kühl antwortet, da immer 50.000 € im Ansatz seien, habe man 30.000 € aus dem Vorjahr verbraucht. In diesem Jahr würde der Ansatz wieder bei 50.000 € liegen, 65.000 € seien aus dem letzten Jahr vorgetragen worden. Das Problem sei, mit dem vorhandenen Personal und den Aufträgen könnte man dem Bedarf nicht nachkommen. Langsam werde nun der Rest aufgebraucht,

Frau Eilers begrüßt es, dass endlich eine Planung für die Innenstadt gemacht werde. Jedoch finde sie die Summe für die Umgestaltung des Stephanplatzes in Höhe von 40.000 € bemerkenswert, zumal auch kein Konzept bekannt sei. Auch müsse dieses stadtplanerisch abgestimmt werden, da es auch noch andere Ideen für den Stephansplatz geben würden. Wenn hier zu kurzfristig agiert werde, würde man sich die Möglichkeiten für andere gestalterische Dinge in der Stadt nehmen.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass zum Thema „Kinderfreundliche Innenstadt“ ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege. Er schlage vor, dieses Thema noch einmal an gesonderter Stelle zusammen mit der Stadtplanung ausführlich vorzustellen.

Frau Meyer bemerkt, vor längerer Zeit habe der Ausschuss beschlossen, im Stadtgarten Spielgeräte aufzustellen. Sie fragt an, wie hier der Sachstand sei.

Herr Kühl erklärt, im Jahr 2004 habe man tatsächlich darüber gesprochen. Doch die Jugendförderung habe im Moment keine Möglichkeit, Neuanlagen zu errichten. Zudem sei der Stadtgarten keine Spielanlage, auf dem die Jugendförderung Spielgeräte aufstellen könnte. Hierzu bedürfe es der Abstimmung mit dem Fachdienst Stadtplanung auch im Hinblick auf die Gesamtgestaltung des Stadtgartens oder des Stephanplatzes. Wenn man wirklich eine größere Lösung im Innenstadtbereich wolle, dann müsste sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt darüber beschlossen werden. Auch in den Haushaltsberatungen müsste dieses berücksichtigt werden, denn 40.000 € würden für eine solche Lösung nicht ausreichen.

Frau Eilers fragt an, ob es eine Prioritätenliste hinsichtlich der Spielplätze gäbe. Auch würde sie vorschlagen, diese 40.000 € nicht gezielt für den Spielplatz am Stephansplatz, sondern für eine Innenstadtlösung einzusetzen.

Frau Meyer bittet um Auskunft, was Umgestaltung 1. Phase bedeute.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, es handele sich um Mittel, die für den Stephansplatz bzw. für die Innenstadtgestaltung erstmals vorgesehen seien. Die Planungen, die zurzeit intern abgestimmt würden, seien wesentlich größer und würden den kompletten Platz umfassen. Er schlage vor, in Abstimmung mit den Stadtplanern die Vorstellung der Pläne in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Herr Kühl teilt bezüglich der Prioritätenliste mit, dass sie dieses aus dem Zustand der Spielplätze ergebe. Wenn Spielplätze in einem schlechten Zustand seien, müssten sie als erstes gemacht werden. In den vergangenen Jahren sei der eine oder andere Spielplatz wie z. B. in der Graf-Johann-Straße stillgelegt worden, da keine Kinder in der Umgebung wohnten. Da jetzt wieder zunehmend Kinder dort seien, müsse in der Stadtteilkonferenz noch einmal überlegt

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

werden, ob es wirklich an dieser Stelle notwendig sei, wieder einen neuen Spielplatz herzurichten.

Hinsichtlich des Burgplatzes gäbe es im Moment seitens der Jugendförderung noch keine Planung. Er wolle es davon abhängig machen, was insgesamt im Innenstadtbereich geschehe. Außerdem sei die Lage dieses Spielplatzes bezüglich des angrenzenden Friedhofs nicht besonders glücklich gewesen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Investitionen in Kindertageseinrichtungen 2006
Vorlage: 15/0315

Frau Schrader trägt vor, der Jugendhilfeausschuss habe im Jahr 2000 beschlossen, dass über die Investitionen in den Kindertagesstätten jährlich berichtet werden solle. Sie wolle zu der Vorlage ergänzen, wie kooperativ die Einrichtungen und Träger miteinander umgehen würden, was die Bezuschussung der Investitionen in den einzelnen Einrichtungen angehe. Anschließend erläutert sie die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen im einzelnen.

Frau Meyer bittet um Auskunft, inwieweit inzwischen der Anbau der Küche im Kindergarten der Paulusgemeinde fortgeschritten sei.

Herr Kühn erläutert anhand einer Skizze den geplanten Anbau im Kindergarten.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, im Moment könne davon ausgegangen werden, dass die Ansätze ausreichen würden, wenn die angekündigten Mittel aus der Sozialen Stadt ausgezahlt würden. Der Kirchenkreis beteilige sich noch einmal mit 20.000 € und hinzu kämen die Spenden in Höhe von 18.000 €. Damit könne schon eine exklusive Ausführung geschaffen werden.

Frau Meyer bedankt sich, dass nun doch scheinbar eine Lösung gefunden worden sei.

Auf die Frage von **Herrn Ouedraogo**, ob das Projekt bis zum Ende der Sommerferien fertig sein würde, antwortet **Herr Sprengelmeyer**, dieses sei nicht zu schaffen.

Frau Schrader ergänzt, es handelt sich bei der Planung um eine Baumaßnahme, die auch während des laufenden Betriebes umgesetzt werden könne. Das begründe sich zum einen aus der Lage des Anbaus und zum anderen daraus, dass die Maßnahme in kleinen Schritten umgesetzt werden könne, sodass es nicht zu zusätzlichen Schließungszeiten in der Einrichtung kommen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 12 Anpassung der Richtlinien zur Förderung der Jugend
Vorlage: 15/0316

Herr Kühl erläutert, er habe in der Mitteilungsvorlage die Situation dargestellt. Wenn nunmehr einkommensschwache Familien gefördert werden sollten und es ihnen ermöglicht werden sollte, auch an Erholungsmaßnahmen teilzunehmen, so müsse der Punkt der Richtlinien um mindestens 3 € pro Tag und Teilnehmer erhöht werden. Das habe allerdings finanzielle Auswirkungen, sodass diese ca. 3.000 € an einer Stelle gekürzt werden müssten. Er sei gerne bereit, die Richtlinien anzupassen, doch müsse der Jugendjugendausschuss dieses entsprechend beschließen. Dazu würde er dann zu der nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage vorbereiten.

Frau Eilers ist der Meinung, dieses sei eine Entscheidung, die der Rat treffen müsse.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, der Jugendhilfeausschuss bereite Ratsvorlagen vor. Inhaltlich müsse in diesem Ausschuss darüber diskutiert werden. Im Rahmen der Hh-Beratungen werde der Beschluss dann verabschiedet.

Herr Kühl ergänzt, es handele sich hierbei um eine Änderung der Anlagen der Richtlinien. Die Richtlinien würden insofern nicht berührt, sondern nur die Höhe der zuschussfähigen Kosten verändert bzw. angepasst. Dieses müsse seines Erachtens nicht im Rat beschlossen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 13 Kinderfreundlichere Gestaltung der Innenstadt;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.05.2007
Vorlage: 15/0317

Frau Meinen stellt fest, bereits unter TOP 10 sei über diesen Punkt ausführlich gesprochen worden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Kindertagesstätte Schwabenstraße

Herr Kühl teilt mit, die Kindertagesstätte Schwabenstraße sei aufgrund ihrer Bewerbung für den Schwerpunkt Gewaltprävention und Erziehungspartnerschaften zu einer sogenannten Konsultationseinrichtung in Niedersachsen geworden. Das bedeute, die Kindertagesstätte biete sich in den kommenden drei Jahren für andere Kindergärten als Beratungseinrichtung an und gewähre einen Einblick in die Arbeit ihrer pädagogischen Konzeption. Diese Aktion bedeute erheblichen Mehraufwand für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätte und werde daher vom Land Niedersachsen mit jährlich 10.000 € honoriert.

2. Eröffnung des Stadteilsbüros im Stadtteil Port Arthur/Transvaal

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kühl lädt die Ausschussmitglieder zur Eröffnung des Stadtteilbüros im Stadtteil Port Arthur/Transvaal am 31.05.2007 ein. Die Jugendförderung habe eine neue Räumlichkeit in der Dollartstraße 30 angemietet, um den Bürgern des Stadtteils eine Anlaufstelle für Fragen und Probleme zu bieten. Daneben gäbe es außerdem einen Jugendclubraum, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich treffen zu können. Außerdem sei ein Mitarbeiter über eine AB-Maßnahme eingestellt worden, der von einem Mitarbeiter des Jugendtreffs Schwabenstraße angeleitet werde.

TOP 15 Anfragen

Frau Meyer schlägt vor, in eine der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzungen die Leitung der Kindertagesstätte Schwabenstraße einzuladen, damit diese über die zahlreichen Aktivitäten der letzten Zeit berichten könne.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.